

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Verantwortlicher Redaction:
Bismarckstr. 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Redaktion einzuliefernde Manu-
skripte sind bis zum Abdruck zu
bringen.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Filialen für Jaf. Assmann:
Otto Krumm, Universitätsstr. 22.
Königs Hofe, Kutschmannstr. 15, p.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frangirlos 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postbefreiung 39 Pf.
mit Postbefreiung 49 Pf.

Jahrespreis 20 M.,
Bestellungen sind an den
Verleger zu richten. — Tabellarischer
Zug nach überem Tarif.

Werben unter dem Heberhaken
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung procomptant
oder durch Postnachnahme.

Nr. 75.

Donnerstag den 19. Februar 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

die Anmeldung taubstummer Kinder betreffend.

Nach Verordnung des Königl. Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts werden voraus-
sichtlich außer den bereits angemeldeten noch einige andere taubstumme Kinder nach Ostern dieses Jahres
in den Taubstummenanstalten zu Dresden und Leipzig Aufnahme finden können.

Wir veranlassen daher die Eltern taubstummer Kinder, beziehentlich die Stellvertreter der Eltern, die
jenigen bisher noch nicht angemeldeten taubstummen Kinder, deren baldige Aufnahme in eine Taubstummen-
anstalt wünschenswerth erscheint, unter Beibringung der nöthigen Unterlagen (spätestens bis zum
1. März dieses Jahres

bei uns zur Anmeldung zu bringen.
Zugleich werden die zur Erziehung taubstummer Kinder Verpflichteten hierdurch aufgefordert,
bis Ende dieses Monats

Namen, Geburtsort und Geburtsort taubstummer, hier ausschließlicher, aber bis jetzt zur Aufnahme in eine
Taubstummenanstalt noch nicht angemeldeter Kinder, inwieweit dieselben bereits im vollschulspflichtigen Alter
sind oder dasselbe doch bis zum 30. Juni d. J. erreichen, mit Angabe darüber, in welcher Weise für Er-
ziehung und Unterricht des Kindes gesorgt ist, bei Vermeidung einer Geldstrafe von 15 M auf unserer
Schulepediton (Hauptbau, 2. Etage) schriftlich anzumelden.
Leipzig, am 18. Februar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lehnert.

Bekanntmachung.

die Hundemaulkörbe betreffend.

Wir haben nach Anhörung des Herrn Bezirksärztlichen Raths beschlossen, das uns vorgelegte Modell
eines Hundemaulkörbes (System Schröder) versuchsweise neben dem bisher vorgeschriebenen zuzulassen.

Dieses Modell unterscheidet sich von dem bisher allein zulässig gewesenen dadurch, daß

1. durch eine besondere, unter dem Unterkiefer des Hundekopfes zu liegen kommende Feder-
richtung dem Hund die Möglichkeit gegeben wird, das Maul weit zu öffnen, ohne jedoch
beiden zu können, und
2. statt eines Drahtes um den Hals und eines Blechstreifens über die Stirne herunter länger
und länger zu schmalen Lederriemen angebracht sind, wodurch das Anpassen des Maul-
körbes an den Kopf erleichtert wird.

Wir verfügen demgemäß hiermit bis auf Weiteres, daß
vom 1. März laufenden Jahres ab

alle frei umherlaufenden oder an Wagen gespannten Hunde wahlweise mit Maulkörben entweder nach dem
bisherigen, oder nach dem neuen Modelle, welches neben dem früheren in der Rathswache zur Ansicht liegt,
versehen sein müssen, widrigenfalls dieselben vom Gassirer eingekerkert und getödtet, ihre Besitzer aber
beziehentlich die Führer der Fuhrwerke mit Geldstrafen bis zu 60 M oder entsprechender Haft werden
belegt werden.
Leipzig, am 18. Februar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kreisbauer.

Preussischer Landtag.

N.L.C. Berlin, 17. Februar. Der preussische
Landtag geht in diesen Tagen in seiner ersten
Hälfte zu Ende, nachdem er eine in den vierten
Monat sich erstreckende angestrengte Arbeitszeit
hinter sich hat. Die positiven Ergebnisse dieser
Thätigkeit bleiben hinter der darauf verwandten
Arbeit einigermaßen zurück. Es hat Vieles uner-
reicht bleiben müssen und wird in einer späteren
Session aufs Neue an die gesetzgebenden Körper-
schaften herantreten. Im Mittelpunkte der posi-
tiven Resultate dieser Session steht die Verstaat-
lichung der Eisenbahnen, das größte wirtschaft-
liche Unternehmen, welches jemals eine Volkser-
hebung beschließt hat. Eine zweite Angelegenheit
von höchster Wichtigkeit muß zwar der Nachsession
vorbereitet bleiben, sie ist jedoch in einer Weise
vorbereitet und eingeleitet, welche die Verwirkli-
chung in sichere Aussicht stellt; wir meinen die Fort-
führung der Verwaltungsreform durch das Organi-
sationsgesetz. In diesen beiden Hauptfragen der
Session vor der Vertagung stehenden Session ist die
Verständigung durch Conservative und
Nationalliberale zu Stande gekommen, wäh-
rend das Centrum sich in mehr oder weniger
schroffer Opposition hielt. Nur bei den Fragen
der Armen- und Schulpolitik kam die „conservati-
onistische Majorität“ zum Ausdruck. Die Conse-
quenzen dieser Erkenntnis für die Reichstagsarbei-
ten zu ziehen, haben aber die Conservative ver-
schmäht. Man hielt es, wie die „Post“ sagt, für
richtig, nicht an die Verhältnisse, wie sie sich im
preussischen Landtage neuerlich entwickelt hatten,
anzuknüpfen, sondern an die in der letzten Reichs-
tagssession vorhandenen, in der der Jollitaris gegen
die Stimmen des Gros der nationalliberalen
Fraktion votirt worden war. Dafür attestirt die
„Germania“ dem freiconservativen Organ den
fortschritt verständiger Anschauungen in der Deut-
schen Reichspartei und wünscht derselben Glück,
den Dr. Fall als Hospitanten losgeworden zu sein
und dadurch um so eher sich von allen cultur-
kämpferischen Borurtheilen emancipiren zu können.
Ueber die Wichtigkeit der conservativen Anschauung,
daß man besser thut, an die vorige Reichstags-
session als an die viel näher liegenden Resultate
des preussischen Landtags anzuknüpfen, wird der
Verlauf der Arbeiten im Reichstag das
Urtheil fällen. Wir vermögen darin nur
eine unbegriffliche Verkennung der Grund-
bedingungen zu erblicken, unter denen die wich-
tigsten Aufgaben der Reichstagsession Aussicht
vieten, in befriedigender Weise gelöst zu werden.
Was die Haltung der Conservative im Reichs-
tag besonders beachtenswerth erscheinen läßt, ist die
Thatfache, daß sich ihre feindselige Stellung gegen-
über der nationalliberalen Partei nicht nur gegen
deren liberale, sondern auch gegen deren nationale
Bestrebungen richtet. Es ist ganz unverkennbar,
daß der particularistische Zug, wie er unter die
conservativen Parteien durch deren außerpreussische

Mitglieder hineingetragen worden, mehr und mehr
Boden gewinnt. Als Candidat der Deutschconser-
vativen zu der Würde eines zweiten Vicepräsidenten
wird allgemein ein sächsischer Particularist genannt,
obwohl der Particularismus doch wahrhaftig in
dem bayerischen Centrumsmittglied, welches das
Amt eines ersten Vicepräsidenten bekleidet, im
leichtestgradigsten Maße reichlich genug vertreten war.
Der conservative Particularismus, der in seinen
Tages-Organen unter beifälliger Zustimmung der
fortschrittspartei gegen die Willkürvorlage
zu Felde zieht, würde somit unter Beihilfe der con-
servativen Parteien als deren Gesinnungsausdruck
ins Präsidium eingeführt. In der Deutschen Reichs-
partei spielt ebenfalls der mittelstaatliche Parti-
cularismus eine größere Rolle, als es im Interesse
der nationalen Sache liegen kann; Herr v. Barn-
biller ist dort der ausschlaggebende Mann, und
die „Germania“ hat alle Ursache, freudig einen
wesentlichen Unterschied zwischen der Stellung der
Deutschen Reichspartei im Reichstag und der der
freiconservativen Fraktion im preussischen Abgeord-
netenhaus zu constatiren. Der Verlauf der Reichs-
tagssession wird uns nicht klagen lassen, wenn
wir sagen, die Conservative sind auf einem ab-
schüssigen und in die Irre führenden Wege be-
griffen, seit sie sich mit dem Centrum eingelassen.
Das Abgeordnetenhaus erlebte heute in
dritter Sitzung den Gesetzentwurf, enthaltend Be-
stimmungen über das Notariat, und wandte sich
dann zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs
über die Verwendung der Ueberflüsse aus Reichs-
steuern. Referent Abg. Stengel empfiehlt die An-
nahme des Gesetzentwurfs nach den Vorschlägen
der Budgetcommission, die im Wesentlichen mit der
Regierungsvorlage übereinstimmen, die betreffenden
Beträge zum Erlaß an Classen- und Einkommen-
steuer verwenden wollen, inwieweit darüber nicht
mit Zustimmung der Landesvertretung zur Deckung
des Staatsausgabes oder Ueberweisung eines Theils
des Ertrags der Grund- und Gebäudesteuer an die
Communalverbände Verfügung getroffen ist,
und die Bestimmung hinzuzufügen, daß der zu dem
Classen- und Einkommenssteuererlaß zu verwendende
Betrag durch den Etat festgesetzt wird. Die Abgg.
v. Plüne, v. Wimmigerode und Genossen schlagen
eine Fassung vor, wonach die eine Hälfte des be-
treffenden Betrags an die Kreiscommunalverbände
nach dem Verhältnis der daselbst ausgekommenen
Staatsgrund- und Gebäudesteuer vertheilt, die
andere Hälfte zum Erlaß an Classen- und Ein-
kommenssteuer verwendet wird. Diese letztere Fassung,
welche die Entlastung des Grobgrundbesitzes zu
sichern bezweckt, empfiehlt Abg. v. Plüne. Abg.
Richter weist den Hünen Antrags als unüber-
führbar zurück; er stehe mit dem Wortlaut der
betreffenden Cabinetsordre, auf welcher die Be-
lage beruhe, im Widerspruch, und es sei bedenk-
lich, bei dieser beifälligen Gelegenheit die Frage
der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer
regeln zu wollen. Redner befragt sodann
die Entschlüsse, welche die conservative Agitation

mit Unterstützung der Regierung durch ihre Ver-
sprechungen bei den letzten Wahlen im Volke her-
vorgebracht haben müssen. Nachdem die Abgg. v.
Plüne und v. Wimmigerode für ihren Antrag, die
Abg. Graf v. Behr und Richter für die Com-
missionenvorlage gesprochen, die auch von dem Finanz-
minister Bitter und dem Generalsteuerdirector
Burgard empfohlen wird, wird der Antrag Plüne
abgelehnt und die Commissionfassung angenommen,
welche, wie aus dem Hause hervorgehoben wird,
der späteren Entscheidung über die Verwendung
der Ueberflüsse am wenigsten präjudicirt, am
wenigsten von der betreffenden Cabinetsordre ab-
weicht und darum dem Herrenhause keinen Vorwand
bietet, die Vorlage zu verwerfen. Eine längere
Debatte erhebt sich über § 2, der in der Com-
missionfassung lautet: Der zu dem Classen- und
Einkommenssteuererlaß zu verwendende Betrag wird
durch den Staatshaushaltetat festgesetzt. Abg.
Graf v. Sumburg-Sturum spricht gegen diese Fassung,
die mehr fordere, als im vorigen Jahr zwischen
Regierung und Landesvertretung vereinbart worden.
Dies befreit die in dieser Frage jedenfalls
competenteste Autorität, der Abg. Hübner, der
energisch für den Vorschlag der Commission
eintritt. In unternommen die Abgg. Richter
und Richter. Generalsteuerdirector Burgard
widerpricht zwar verschiedenen Ausführungen
des Abg. Hübner, kann aber einen wesentlichen
Unterschied zwischen der Fassung der Regierungsvor-
lage und derjenigen der Commission nicht er-
kennen. § 2 wird darauf in der Commission-
fassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.
Nur ein von der Commission hinzugefügter § 3a
wird gestrichen. Hierauf verlag sich das Haus
bis morgen.
Der heute in den beiden Häusern des Land-
tags eingebrachte Antrag betreffend die Verta-
gung des Landtags stellt eine Serie parlamen-
tarischer Verhandlungen in Aussicht, wie sie von
solcher Ausdehnung niemals, selbst im vorigen
Sommer mit seinen Zoll- und Steuerverhandlungen
nicht, dagewesen. Es ist ein außerordentlich großes
Opfer, welches hiermit der schwer geplagten Volks-
vertretung zugemuthet wird, und nur die Ueber-
zeugung, daß es allerdings sehr wünschenswerth
ist, das Gesetz über die Verwaltungsorganisation
möglichst rasch zum Abschluß zu bringen, kann die
Hingebung gewähren, welche zu parlamentarischen
Arbeiten im Hochsommer gehört. Ob außer der
Verwaltungsreform dem Landtag in der Nachsession
noch anderweitige Arbeiten zugehen werden, läßt sich
heute noch nicht übersehen. Der Gesetzentwurf
über Verlängerung der Etats- und Legislatur-
perioden, an den man denken könnte, wird hofen-
lich schon dadurch hinfällig werden, daß die ent-
sprechende Vorlage im Reichstag scheidet. Für
den Reichstag liegt in der Nachsession des preus-
sischen Landtags eine indirekte Warnung zur Be-
schleunigung seiner Arbeiten, und wir wollen
hoffen, die Annahme, von der die Regierung aus-
geht, daß die Reichstagsarbeiten in der Woche vor

Pfingsten zum Abschluß gebracht werden können,
möge sich bewahrheiten.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 18. Februar.
Zur parlamentarischen Lage wird uns
aus Berlin vom Dienstag geschrieben: Vor
zwei Tagen haben wir an dieser Stelle folgende
Bemerkungen gemacht: „Wir können auf Grund
guter Informationen versichern, daß in eigentlich
gouvernementaler Sphäre die Taktik eines Theils der
conservativen Partei nicht gebilligt wird, namentlich
im Hinblick auf die zu erwartende Haltung des Cen-
trums gegenüber der Willkürvorlage, den zwei-
jährigen Budgetperioden und dem Socialisten-
gesetz. Es wird ohne Rückhalt ausgesprochen, daß
Herr v. Bismarck nicht in der Lage sei, dem Centrum
kirchenpolitische Compensationen zu gewähren.“
Die heutige Abendausgabe der offiziellen „R. A. Z.“
bestätigt lebhaft diese Mittheilung, indem sie die
Verständigung der Conservative mit dem Centrum
überallherdend findet, in derselben dem Triumph eines
Fraktionsgehreges erblickt und zu der Frage ge-
langt, ob die Mehrheit, welche die Präsidialwahl
entschieden, nach Lage der Dinge Aussicht hat, eine
dauernde Mehrheit darzustellen. Das gouverne-
mentale Organ beantwortet sich diese Frage selbst,
indem es in der Taktik des Centrums im Landtage
keine Neigung zur Unterstützung der Regierung
sieht, vielmehr eine Erneuerung der aggressiven Poli-
tik seitens der Ultramontanen prophezeit. Spricht
die „R. A. Z.“, wie anzunehmen ist, die Gedan-
ken des leitenden Staatsmannes aus, so muß es
im conservativen Lager höchlich überraschen,
welche Konsequenzen aus ihrem Pact mit dem
Centrum gezogen werden. Ihrer staatsmänni-
schen Weisheit wird nämlich zugemuthet, daß sie
die Allianz mit den Ultramontanen nicht geschlossen
hätten, ohne sich über die Absichten ihrer Ver-
bündeten zu unterrichten und sich event. gewisser
Bürgschaften zu versehen. Es sei uns gestattet zu
bemerkten, daß nach den uns gewordenen Auf-
klärungen jene conservativen Mittelpersonen,
welche die Vereinbarung zwischen dem Centrum
und den Conservative bei der Präsidentschaftswahl
zu Stande gebracht, nicht von ihren Fraktionen
beauftragt worden sind, sich über die künftige
Haltung der Ultramontanen zu vergewissern. Dar-
über ist die „R. A. Z.“ ohne Zweifel eben so gut
unterrichtet und es klingt nur wie Ironie, wenn
sie meint, daß durch das getroffene Abkommen die
Aussicht auf eine compacte Mehrheit im Reichs-
tage vorhanden wäre, mit welcher die Regierung
Hand in Hand die großen legislativischen Aufgaben
erlebigten könnte. An der Hand der Vorgänge,
welche sich in den letzten Tagen zwischen den
Führern der liberalen Partei und ihrer Presse
abspielten, haben wir guten Grund anzu-
nehmen, daß eine Politik der Verdrossenheit oder
Berkbiffenheit in keiner Schattirung innerhalb der
Nationalliberalen sich geltend macht. Die Pri-